

A stylized world map composed of grey dots, with several dots highlighted in red to represent specific countries.

Brasilianischer Herbst

Ende der Ära PT oder Krise des politischen Systems?

THOMAS MANZ

April 2016

- Am 17. April fand im brasilianischen Abgeordnetenhaus die Abstimmung über das Amtsenthebungsverfahren (*Impeachment*) gegen die Präsidentin Dilma Rousseff von der Arbeiterpartei PT statt. Die Abstimmung endete mit einer klaren Mehrheit für die Einleitung des Amtsenthebungsverfahrens. Im Falle einer Bestätigung durch eine Zweidrittelmehrheit des Senats würde die Amtsenthebung definitiv.
- Eine solide rechtliche Grundlage für das *Impeachment* ist nicht gegeben. Vielmehr handelt es sich um den Missbrauch eines wichtigen demokratischen Instruments zur Durchsetzung neuer Machtverhältnisse. Dieser Missbrauch stellt einen gefährlichen Präzedenzfall für die brasilianische Demokratie dar, indem er zulässt, dass Meinungsumfragen und Protestmärsche stärker wiegen als verfassungsrechtliche Grundsätze.
- Den Nährboden für das Amtsenthebungsverfahren bereitete die wachsende Wirtschaftskrise, in der sich die Regierung Rousseff zunehmend handlungsunfähig zeigte. Angetrieben wurde die Pro-Impeachment-Stimmung zudem durch eine von den Medien inszenierte Spektakularisierung der Korruptionsbekämpfung, in der sie offen als politische Opposition agierten und dazu beitrugen, dass die historisch zu nennende Aufarbeitung der Korruption zu einem politischen Revanchismus degenerierte.
- Mit der Amtsenthebung Rousseffs wird eine über anderthalb Dekaden andauernde Ära der PT zu Ende gehen. Das für diese Ära prägende sozial-inklusive Entwicklungsmodell mit der Ausweitung der Sozialprogramme und des privaten Konsums hat sich erschöpft, sodass die PT vor der Herausforderung steht, sich programmatisch zu erneuern.
- Erneuerungsbedarf besteht für das gesamte politische System Brasiliens. In den Protesten der vergangenen Monate wurde eine grundlegende Ablehnung des politischen Systems erkennbar, die antipolitischen wie antidemokratischen Ideologien Raum zur Entfaltung bietet.



Verschiebung der Machtverhältnisse mit langem Anlauf	2
Von Anti-Korruptions-Protesten zur Pro-Impeachment-Kampagne	3
Verbrauchte und handlungsunfähige Regierung	4
Die Folgen von <i>Lava Jato</i>: Erodierende Glaubwürdigkeit der Regierung	4
<i>Impeachment</i>: Legitimes Veto oder parlamentarischer Staatsstreich?	5
Die Alternative: Eine Regierung ohne Vertrauensbasis	6
Konzertierung? Auf der Suche nach einem neuen Regierungsmodell	7
Krise des politischen Systems: Einflussnahme nicht-politischer Mächte	8
Die Zukunft der PT: Ende einer Ära oder Chance zur Auflage eines neuen progressiven Projektes?	9



Am 17. April fand im brasilianischen Abgeordnetenhaus die Abstimmung über das Amtsenthebungsverfahren (*Impeachment*) gegen die Präsidentin Dilma Rousseff von der Arbeiterpartei PT (*Partido dos Trabalhadores*) statt. Das Für und Wider des *Impeachment* beherrschte seit Monaten die politischen Debatten des Landes, mobilisierte wiederholt Massen zu Demonstrationen und schuf zuletzt ein vergiftetes Klima.

Die Abstimmung endete mit einer klaren Mehrheit von 367 Stimmen (mehr als die notwendige Zweidrittelmehrheit) bei nur 137 Gegenstimmen für die Einleitung des Amtsenthebungsverfahrens von Rousseff. Damit ist die politische Zerreißprobe des Landes jedoch nicht vorbei. Vom Abgeordnetenhaus geht das Verfahren nun an den Senat. Ein erstes Votum des Senats wird bis Mitte Mai erwartet. Bestätigt dieser mit einfacher Mehrheit das Verfahren, würde Rousseff zunächst für 180 Tage vom Amt suspendiert und Vizepräsident Michel Temer kommissarisch die Regierungsgeschäfte übernehmen. Temer ist Vorsitzender der PMDB (*Partido do Movimento Democrático Brasileiro*), bis vor Kurzem der wichtigste Koalitionspartner der Arbeiterpartei. Erst Mitte März hatte die PMDB ihren Rückzug aus der Regierung Rousseff verkündet.

Innerhalb dieser 180 Tage muss der Senat dann unter Leitung des Präsidenten des Obersten Gerichtshofes eine endgültige Entscheidung treffen. Für eine definitive Amtsenthebung Rousseffs bedarf es dann wiederum einer Zweidrittelmehrheit. Damit würde die über eine Dekade andauernde PT-Ära, die das Land mit beachtlichen Erfolgen bei der Armutsbekämpfung und der sozialen Inklusion grundlegend verändert hat, an ihr – zumindest vorläufiges – Ende kommen. Die politische Agenda der *Impeachment*-Befürworter_innen wird deutlich andere Akzente aufweisen, als die von Dilma Rousseff und ihrem Amtsvorgänger Lula da Silva. Zu erwarten ist, dass die seit 2003 verfolgten Politiken zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit und der Betonung der Rolle des Staates wieder einem stärkeren Setzen auf Marktkräfte, Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Differenzierung weichen werden.

Offen bleibt jedoch, ob das *Impeachment* lediglich eine Zäsur im politischen Richtungsstreit Brasiliens markiert oder darüber hinaus auch eine Zäsur im politischen System selbst. Die Ergebnisse einer Umfrage des Instituts *Vox Populi* wenige Tage vor der Abstimmung im Parlament lassen erkennen, wie zerrissen das Land ist. 57 Prozent der Bevölkerung befürworteten die Amts-

enthebung Rousseffs, 39 Prozent waren dagegen. Nur 35 Prozent sehen im *Impeachment* eine Lösung für die Probleme des Landes, während 58 Prozent dies verneinen. Vieles spricht dafür, dass die politische Krise Brasiliens auch nach dem *Impeachment* andauern wird.

Verschiebung der Machtverhältnisse mit langem Anlauf

Trotz der sozialen Erfolge, die auch international mit Anerkennung registriert wurden, brodelt es in Brasilien schon seit Längerem. Bereits seit den aufsehenerregenden Protesten im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft 2014 kommt das Land nicht mehr zur Ruhe. Zudem erlebte das Land 2014 einen harten und sehr polemisch geführten Präsidentschaftswahlkampf, aus dem – trotz eines in der Bevölkerung breit verankerten Wunsches nach »Wandel« – die Amtsinhaberin Dilma Rousseff mit einem knappen Vorsprung gegenüber ihrem Herausforderer Aécio Neves von der konservativen PSDB (*Partido da Social Democracia Brasileira*) als Siegerin hervorging.

In diesem Ergebnis deutete sich bereits – anders als die Protestwelle vom Juni 2013 hätte erwarten lassen – eine Rechtswende in der brasilianischen Bevölkerung an. Umfrageergebnisse zeigten, dass sich erstmals seit vielen Jahren in der ideologischen Selbstverortung der brasilianischen Bevölkerung mehr Personen im Rechts- bzw. Mitte-rechts-Spektrum einordneten (zusammen 45 Prozent) als im Links- bzw. Mitte-links-Spektrum (zusammen 35 Prozent).

Noch deutlicher kam dieser Rechtsruck in den gleichzeitig mit den Präsidentschaftswahlen stattfindenden Kongresswahlen zum Ausdruck, die den konservativsten Kongress seit der Re-Demokratisierung Mitte der 1980er-Jahre hervorbrachten. Nicht nur die Regierungsparteien wurden dadurch geschwächt, sondern auch der Prozess der Fragmentierung des Kongresses setzte sich fort – derzeit umfasst dieser fast 30 Parteien, von denen eine Vielzahl lediglich einen Stimmenanteil von unter zwei Prozent sowie ein konservatives bis autoritäres Profil aufweist.

Insgesamt verlagerte sich das Gewicht im Parlament zugunsten der kleineren Parteien auf Kosten der großen Blöcke (s. Tabelle), was Koalitionsbildungen weiter erschwert. Zudem wurden die parteiübergreifenden Blöcke des Agrobusiness, der evangelikalen Sekten und der für



eine Sicherheitspolitik der »harten Hand« eintretenden Ex-Militärs und -Polizist_innen gestärkt, während die Gruppe der gewerkschaftsnahen Abgeordneten um fast die Hälfte schrumpfte.

Gewichtung der politischen Blöcke im brasilianischen Abgeordnetenhaus¹

Blöcke	2010	2016
PT, PDT, PCdoB	25 %	17,7 %
PMDB	15,2 %	13,5 %
PSDB, DEM	18,9 %	14,8 %
Sonstige	40,9 %	54 %

In diesem Szenario geriet die Präsidentin Dilma Rousseff gleich zu Beginn ihrer zweiten Amtszeit unter starken politischen Druck. Die Opposition zweifelte das Wahlergebnis an und reichte beim Wahlgerichtshof, dem *Tribunal Superior Eleitoral* (TSE), eine Klage wegen vermeintlicher illegaler Finanzierung des Wahlkampfes der Präsidentin ein. Mit Unterstützung der Opposition wurde zudem der erzkonservative Eduardo Cunha zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses gewählt, der sich – obwohl führendes Mitglied der damals noch zur Regierungskoalition gehörenden PMDB – offen gegen die Regierung Rousseff stellte und fortan sein Amt nutzte, um deren Gesetzesinitiativen zu blockieren. Dies schränkte den Handlungsspielraum der Regierung gerade in dem Moment ein, als sie angesichts der einbrechenden Wirtschaftskonjunktur ihre Handlungsfähigkeit hätte unter Beweis stellen müssen.

Von Anti-Korruptions-Protesten zur Pro-Impeachment-Kampagne

Zur gleichen Zeit stürzten immer neue Enthüllungen der *Operation Lava Jato*, einer Sondereinheit der Generalstaatsanwaltschaft zur Untersuchung eines gigantischen Korruptionsskandals beim parastaatlichen Erdölkonzern *Petrobras*, die brasilianische Politik in eine moralische Krise. Das Ausmaß der systemischen Kumpanei von Politik und Wirtschaft, mit welcher der Konzern geplündert worden war, wurde immer deutlicher. Systematisch hatten Unterauftragnehmer_innen von *Petrobras* einen Teil der aus überbeurten Verträgen erhaltenden Summen

an Politiker_innen und Parteien zur Finanzierung von Wahlkämpfen verwendet.² Eine Schlüsselrolle kam dabei hohen Funktionär_innen von *Petrobras* zu, deren Posten zum Teil auf Basis politischer Empfehlungen besetzt worden waren. Die Regierung Rousseff geriet deshalb wegen ihrer politischen Aufsicht über das parastaatliche Unternehmen in den Verdacht der Mitwisserschaft, wenn nicht gar Mittäterschaft.

Vor diesem Hintergrund entstand Anfang 2015 eine neue Protestbewegung. Anders als die Proteste von 2013 hatte diese allerdings nicht mehr die unzureichende Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen bzw. deren ungenügende Qualität im Visier, sondern die systemische Korruption im Land. Träger der Proteste waren auch nicht mehr in erster Linie junge Menschen aus der neuen, noch prekären Mittelschicht, die sich dank des inklusiven Wachstums der letzten Dekade formiert hatte, sondern die obere, traditionell konservative Mittelschicht. In Distanz zum etablierten Parteiensystem entstanden neue Organisationen wie *Movimento Brasil Livre* (MBL) oder *Vem Pra Rua*, die ab dem Frühjahr 2015 damit begannen, Massendemonstrationen zu organisieren. War der Fokus dieser Proteste zunächst noch die Korruption allgemein, drängte sich sehr rasch die in der traditionellen Mittelschicht stark verbreitete und von den einflussreichen Medien gezielt geförderte Anti-PT-Stimmung in den Vordergrund. Ins Zentrum rückte so die Forderung nach der Amtsenthebung von Präsidentin Rousseff.

Im Dezember 2015 gab der Präsident des Abgeordnetenhauses Cunha schließlich einem von ca. 40 eingegangenen Anträgen auf Einleitung eines Amtsenthebungsverfahrens gegen Rousseff statt, über das nun am 17. April 2016 im Plenum des Abgeordnetenhauses abgestimmt worden ist. Bereits im Vorfeld vollzog sich ein Exodus der konservativen und politisch profillosen Parteien aus der von Rousseff geformten Regierungskoalition.³ Symbolträchtig war dabei der Rückzug der PMDB, des wichtigsten Koalitionspartners der PT.

1. PT = Partido dos Trabalhadores; PDT = Partido Democrático Trabalhista; PCdoB = Partido Comunista do Brasil; PMDB = Partido do Movimento Democrático Brasileiro; PSDB = Partido da Social Democracia Brasileira; DEM = Democratas.

2. Der Schaden, den diese systemische Korruption für *Petrobras* und den brasilianischen Staat verursachte, wird auf ca. 140 Milliarden Reais geschätzt. Das entspricht zwischen 2 und 2,5 Prozent des BIP.

3. Es gehört zu den strukturellen Problemen des als »Koalitionspräsidentialismus« bezeichneten politischen Systems in Brasilien, dass die Regierung eine tragende Mehrheit im Kongress nur durch die Einbindung mehrerer ideologisch sehr heterogener Parteien in eine rein pragmatische Regierungskoalition zustande bringen kann. Rousseffs Regierungskoalition umfasste zu Beginn ihrer zweiten Amtsperiode nicht weniger als neun Parteien. Die PT-Fraktion selbst machte mit 60 Abgeordneten dabei lediglich ca. ein Fünftel dieser Regierungskoalition aus.



Verbrauchte und handlungsunfähige Regierung

Den Nährboden für die sich rapide verändernde Tonlage der neuen Protestwellen bereitete die wachsende Wirtschaftskrise, die sich im vergangenen Jahr mit atemberaubendem Tempo verschärfte. Rousseff hatte in ihrer ersten Amtszeit mit einer antizyklischen Politik versucht, die Auswirkungen der schwachen Weltwirtschaftskonjunktur auf die brasilianische Wirtschaft zu minimieren. Sie legte milliardenschwere Infrastruktur- und Steuerentlastungsprogramme für die Industrie auf, die zu einer starken Belastung des Haushalts führten. Das dadurch entstandene fiskalische Ungleichgewicht versuchte sie ab 2015 mit einer Politik der Haushaltskonsolidierung zu korrigieren. Dazu holte sie sich mit Joaquim Levy einen konservativen Bankier als Finanzminister an ihre Seite, dessen vor allem auf (moderaten) Einschnitten bei Sozialleistungen und Kürzungen der staatlichen Investitionen basierende Konsolidierungspolitik zusammen mit dem Verfall der Rohstoffpreise jedoch rezessionsverschärfend wirkte. Eine sich immer schneller vertiefende Wirtschaftskrise war die Folge.

Diese Entwicklung wurde zusätzlich dadurch verstärkt, dass unter der Regie von Eduardo Cunha im Abgeordnetenhaus nicht nur Initiativen der Regierung zum Abbremsen der wirtschaftlichen Talfahrt blockiert wurden, sondern auch als sogenannte *pautas-bombas* bekannt gewordene Gesetzesinitiativen eingebracht wurden, die den Haushalt weiter belasteten und die Sparbemühungen der Regierung sabotierten. Die Opposition setzte auf die Karte des *Quanto pior, melhor!* – »je schlimmer (die Wirtschaft), desto besser (für die Opposition)«.

Gegen dieses gefährliche Vabanque-Spiel erhoben sich zwischenzeitlich zwar immer wieder warnende Stimmen aus der Wirtschaft, doch vermochten diese es nicht, dauerhaft eine konstruktivere Haltung in Opposition und Wirtschaftskreisen herbeizuführen. Im Gegenteil, der Unternehmerverband von São Paulo, FIESP, schwenkte offen auf den Anti-Regierungskurs ein und wurde zu einem der Hauptverfechter des Amtsenthebungsverfahrens gegen Präsidentin Rousseff.

Erschwerend kam für die Präsidentin hinzu, dass ihre Politik der Haushaltskonsolidierung im eigenen Lager von Beginn an auf Kritik und Widerstand stieß – eine Kritik, die zunächst mehr an der fehlenden »Vermittlung« der Regierungsmaßnahmen ansetzte, zunehmend aber auch

durch die immer konkreter spürbaren rezessionsverschärfenden Auswirkungen dieser Austeritätspolitik motiviert waren. Deren fatales Ergebnis: Ein Wirtschaftseinbruch von 3,8 Prozent in 2015, eine rasant ansteigende Arbeitslosigkeit, die sich von Ende 2014 bis Anfang 2016 fast verdoppelte und nunmehr bei 9,5 Prozent liegt,⁴ eine Preissteigerung von über zehn Prozent, fallende Reallöhne sowie sich aufgrund rückläufiger Steuereinnahmen verschärfende Sparzwänge beginnen nunmehr das »soziale Kapital« der gesamten PT-Ära (seit 2003) aufzuzehren.

Die Präsidentin hat folglich stark an Rückhalt in ihrer sozialen Basis verloren. Ihre Zustimmungswerte in Umfragen fielen zeitweise auf unter zehn Prozent. Gleichzeitig musste sie sich dem Druck der eigenen Partei beugen und Finanzminister Levy durch den bisherigen Planungsminister Nelson Barbosa ersetzen. Den Eindruck von ausgeprägter Handlungsfähigkeit vermittelte dies nicht. Im Gegenteil, das Lavieren zwischen den Bemühungen um Haushaltskonsolidierung und einer von der eigenen Basis immer lautstärker geforderten Ausweitung der Ausgaben für öffentliche Investitionen zur Ankurbelung der Wirtschaft setzte sich fort. Entsprechend sind auch die Prognosen für das laufende Jahr sehr pessimistisch, für das ein erneutes Schrumpfen der Wirtschaft um etwa 3,5 Prozent und vor allem ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit erwartet werden.

Die Folgen von *Lava Jato*: Erodierende Glaubwürdigkeit der Regierung

Nicht nur die sich verschärfende Wirtschaftskrise untergrub den Eindruck der Handlungsunfähigkeit der Regierung Rousseff, sondern auch die immer neuen Enthüllungen der *Operation Lava Jato* setzten die Regierung beständig unter Druck. Obwohl gegen Rousseff selbst keine wirklich belastbaren Indizien einer möglichen Verwicklung in den Petrobras-Skandal zutage traten, gerieten immer wieder PT-Politiker_innen ins Fadenkreuz der von Richter Sérgio Moro geleiteten Ermittlungen⁵ – dar-

4. In 2015 gingen im verarbeitenden Gewerbe gut eine Million Arbeitsplätze verloren, im Dienstleistungsbereich ca. 800.000.

5. Von besonderer Bedeutung war die Verhaftung des ehemaligen Sprechers der Regierung im Senat, Delcídio do Amaral, der bei dem Versuch der Strafvereitelung erwischt wurde und in Erwartung einer langen Haftstrafe das Angebot der Staatsanwaltschaft zu einer *delação premiada*, d. h. einer Beschuldigung anderer gegen Strafminderung, annahm. In seiner Aussage erhob Amaral gegen nicht weniger als 74 Personen Vorwürfe, darunter Politiker_innen quer durch alle Parteien.

unter auch Rousseffs Amtsvorgänger Lula da Silva. Über Monate hinweg wurden in den Medien als Gewissheiten präsentierte Spekulationen über illegale Zahlungen und materielle Leistungen an Lula ventiliert. Doch trotz enormen Ermittlungsaufwandes wurde bislang keine Anklage gegen ihn erhoben.

In systematischer Weise wurden die Ermittlungen der *Operation Lava Jato*, die zunehmend den Eindruck erweckten, sich sehr einseitig auf PT-Politiker_innen zu konzentrieren und Indizien gegen Politiker_innen anderer Parteien wenig Aufmerksamkeit zu schenken, von den Medien spektakulär aufbereitet und als »Entlarvung« der PT als »korrupteste Partei der Geschichte Brasiliens« in Szene gesetzt. Statt einer objektiven und verantwortungsvollen Berichterstattung entfachten die Medien eine wahre Diffamierungs- und Hetzkampagne gegen die PT und deren wichtigste Repräsentant_innen – eine Kampagne, deren offenkundiges und bisweilen auch offen eingestandenes Ziel es ist, die Glaubwürdigkeit und das Ansehen von Rousseff und Lula da Silva zu zerstören.

Gegen diese Kriminalisierungskampagne in den Medien vermochte die Regierung keine wirksame Verteidigungsstrategie zu entwickeln. Es gelang ihr nicht, ins öffentliche Bewusstsein zu heben, dass es die PT-Regierungen unter Lula und Rousseff waren, die der Justiz und den Ermittlungsbehörden überhaupt erst die Unabhängigkeit und Ausstattung verschafft hatten, die eine effektive Aufarbeitung der systemischen Korruption in Brasilien nun möglich gemacht haben.

In dieser Situation berief Rousseff Mitte März in einem fast schon verzweifelt anmutenden Bemühen, ihrer paralysierten Regierung wieder neues Leben einzuhauchen und eine wirtschaftliche Trendwende einzuleiten, ihren politischen Mentor und Ex-Präsidenten Lula da Silva ins Kabinett – eine Maßnahme, die ihr nicht nur den Vorwurf einhandelte, Lula durch diese Berufung vor Strafverfolgung schützen zu wollen,⁶ sondern auch den Eindruck der eigenen Handlungsunfähigkeit verstärkte. Vor diesem Hintergrund gewannen die Im-

peachment-Befürworter_innen erneut an Zulauf, und nicht nur der *Economist* rief Dilma Rousseff zu: »Es ist Zeit zu gehen.«⁷

Impeachment: Legitimes Veto oder parlamentarischer Staatsstreich?

Angesichts der unleugbaren Handlungsschwäche der Regierung Rousseff sind die Rufe nach ihrer Ablösung durchaus verständlich und legitim. In einem präsidentialen System wie dem Brasiliens, in dem das Staatsoberhaupt seine Legitimation aus direkter Wahl bezieht, ist allerdings eine Unterbrechung des Mandats der Amtsinhaberin, selbst wenn sie erkennbar an Rückhalt in der Bevölkerung und im Kongress eingebüßt hat, durch ein konstruktives Misstrauensvotum (wie in einem parlamentarischen System) nicht möglich. Auch das in der brasilianischen Verfassung vorgesehene Konstrukt der Amtsenthebung (*Impeachment*) ist dafür kein Äquivalent.

Das *Impeachment* ist allein für den Fall vorgesehen, dass das Staatsoberhaupt sich schwerwiegender Verstöße gegen seine Amtspflichten, sogenannte *crimenes de responsabilidade*, hat zu Schulden kommen lassen.⁸ Da es dabei um Rechtsbrüche (*crimenes*) bzw. Verstöße gegen die Verfassung und die Normen der öffentlichen Verwaltung geht, ist das *Impeachment* ein juristisches Verfahren, das jedoch von politischen Organen (dem Abgeordnetenhaus und dem Senat) vollzogen wird. Indem es also die Entscheidung über die Erfüllung des Tatbestandes des »verantwortungslosen Regierens« und in Konsequenz über die Amtsenthebung des Staatsoberhauptes in die Hand des Kongresses legt, ist das *Impeachment* zweifellos ein politisches Instrument, auch wenn es zu seiner Anwendung gleichwohl einer stichhaltigen rechtlichen Begründung bedarf. Unzufriedenheit mit der Regierung oder die in Meinungsumfragen belegte fehlende Zustimmung zur Präsidentin sind kein hinreichender Grund für ein Amtsenthebungsverfahren.

Nun basiert die rechtliche Begründung für das gegen Rousseff eingeleitete Verfahren auf dem Vorwurf, die Präsidentin habe die Haushaltsgesetze missachtet, als

6. Regierungsmitglieder stehen in Brasilien unter dem Schutz einer gewissen Rechtsimmunität, sodass Strafverfolgungen gegen sie nicht von normalen Gerichten, sondern ausschließlich vom Obersten Gerichtshof eingeleitet werden können. Da zum Zeitpunkt seiner Berufung in Rousseffs Kabinett Verdachtsmomente gegen Lula geprüft wurden, entstand der Eindruck, das eigentliche Motiv der Berufung Lulas sei nicht seine aktive Mitwirkung bei der Wiedergewinnung der Handlungsfähigkeit der Regierung gewesen, sondern sein Schutz vor Strafverfolgung.

7. »Time to go«, in: The Economist vom 26.3.2016.

8. Der Tatbestand der *crimenes de responsabilidade* wurde in Artikel 85 der brasilianischen Verfassung von 1988 sehr »elastisch« formuliert, da ein nachfolgendes (allerdings bis heute nicht verabschiedetes) Ausführungsgesetz ihn präzisieren sollte.

sie im Wahljahr 2014 durch fiskalische Manipulationen, sogenannte *pedaladas fiscais*, das wahre Ausmaß des Haushaltsdefizits zu verschleiern versucht habe.⁹ Diese Argumentation wird nicht nur von der Regierung und den ihr nahestehenden politischen Kräften zurückgewiesen, sondern auch im Lager der Rousseff-Gegner_innen warnen viele Stimmen, dass die vorgebrachte juristische Begründung für ein Amtsenthebungsverfahren nicht ausreichend sei. So legte sich der *Economist* in seiner Ausgabe vom 26. März 2016 darauf fest, dass ein Amtsenthebungsverfahren mit der gegebenen Begründung ungerechtfertigt und lediglich ein Vorwand sei, eine unpopuläre Präsidentin loszuwerden.

Bei der namentlichen Abstimmung im Abgeordnetenhaus spielte die unterstellte Verletzung der Haushaltsgesetze dann auch keine Rolle. Vielmehr wurden die schlechte Wirtschaftslage bzw. der generelle Vorwurf des Amtsmissbrauchs als Argumente angeführt. Ohne eine stichhaltige juristische Begründung erfüllt das Amtsenthebungsverfahren – so die Auslegung von Marco Aurélio Mello, Richter am *Supremo Tribunal Federal* (STF), dem Obersten Gerichtshof – allerdings eindeutig nicht seine gesetzlich vorgesehene Funktion und erweckt den Anschein eines »parlamentarischen Staatsstreichs«.

»Golpe« – Staatsstreich gegen eine legitime Regierung ist dann auch der Schlachtruf der Regierungsanhänger_innen und Impeachment-Gegner_innen. Dieser mag zwar nicht geeignet sein, die aufgeheizte und oft aggressive Debatte in rationalere Bahnen zu lenken, trifft aber dennoch den Kern des laufenden Prozesses: den Missbrauch eines wichtigen demokratischen Instrumentes zur Durchsetzung neuer Machtverhältnisse. Ein solcher Missbrauch stellt einen Bruch mit der demokratischen Ordnung dar und schafft einen gefährlichen Präzedenzfall, indem er zulässt, dass Meinungsumfragen und Protestmärsche stärker wiegen als verfassungsrechtliche Grundsätze.

Zudem ist der Impeachment-Prozess dadurch belastet, dass gegen ein Viertel der Mitglieder der parlamentarischen Sonderkommission, welche die Empfehlung an das Plenum erarbeitet haben, selbst strafrechtliche Untersuchungen laufen. Auch gegen Parlamentspräsident

Cunha wird wegen Korruption und Geldwäsche ermittelt. Der moralische Anspruch der Kommissionsmitglieder, über mögliche Amtsverfehlungen der Präsidentin zu richten, steht somit stark in Zweifel.

Die Vorbehalte gegenüber der Begründung und Durchführung des Amtsenthebungsverfahrens haben wiederholt das STF beschäftigt und dabei immer wieder auch grundlegende Differenzen in der Rechtsauffassung der Obersten Richter offenbart. Sogar wechselseitige Vorwürfe der Parteilichkeit wurden laut. Das Impeachment-Verfahren hat damit letztlich auch die Integrität der höchsten juristischen Instanz des Landes beschädigt.

Die Alternative: Eine Regierung ohne Vertrauensbasis

Mit der Amtsenthebung von Rousseff übernimmt ihr bisheriger Vizepräsident Michel Temer von der PMDB das Präsidentenamt. Die zweifelhafte rechtliche Fundierung des *Impeachment* und der diesem anhaftende Vorwurf eines »kalten Staatsstreichs« werden die Legitimität der von ihm zu bildenden Regierung jedoch als schwere Hypothek belasten. Hinzu kommt, dass Politiker_innen der PMDB, obwohl diese bereits seit Beginn 2015 ihre Abnabelung von der Regierung Rousseff betrieb, bis zuletzt einen wesentlichen Bestandteil des Kabinetts der jetzt geschassten Präsidentin bildeten. Der PMDB kommt daher eine erhebliche Mitverantwortung für die aktuelle Wirtschaftskrise zu.

Als Vizepräsident hatte Michel Temer, genauso wie Rousseff, Dekrete unterschrieben, welche die beanstandeten *pedaladas fiscais* betreffen. Daher ist nicht auszuschließen, dass auch gegen ihn ein Amtsenthebungsverfahren eingeleitet wird. Die Tatsache, dass die Regierungsführung im Falle einer endgültigen Bestätigung der Amtsenthebung Rousseffs in die Hände der PMDB fallen würde, stößt somit selbst bei vielen PT-Gegner_innen auf wenig Begeisterung. In Umfragen zu möglichen Wahlszenarien 2018 kommt Temer zudem nicht über zwei Prozent der Stimmen hinaus. In Umfragen, die sich direkt auf sein Image beziehen, geben nur fünf Prozent ein positives Votum ab, gegenüber 61 Prozent, die ein negatives Bild von ihm haben.

Eine schwere Belastung für die Regierung Temer wird auch sein Parteifreund Eduardo Cunha sein, der als ei-

9. Dabei handelt es sich um die Finanzierung von Sozialleistungen über Kredite bei Staatsbanken sowie die Verzögerung der Rückzahlung dieser Kredite. Es mag gute Gründe geben, diese fiskalischen Operationen zu kritisieren, finanzieller Schaden ist für den brasilianischen Staat dadurch jedoch nicht entstanden.

ner der korruptesten Politiker Brasiliens gilt und gegen den die Staatsanwaltschaft wegen Korruption und Geldwäsche Anklage erhoben hat. Wenn in Umfragen die Amtsenthebung Rousseffs von etwa 60 Prozent der Befragten gutgeheißen wird, ist das Votum gegen Cunha, den Zeremonienmeister des Impeachment-Prozesses, noch weitaus eindeutiger: 77 Prozent fordern seine Entfernung aus dem Amt. Seit Monaten tut er jedoch alles, um ein Votum gegen ihn in der Ethikkommission des Parlaments zu verschleppen. Mit dem Senatspräsidenten Renan Calheiros steht zudem ein weiterer namhafter PMDB-Politiker unter Korruptionsverdacht. Viele Vermutungen gehen deshalb dahin, dass Temer versuchen wird, die *Operation Lava Jato* zu beenden, bevor sie die eigenen Parteigenoss_innen erreichen wird.

Unabhängige Beobachter_innen erwarten allenfalls einen kurzen »Honeymoon« für die Regierung Temer. Die von ihm bereits vor einigen Wochen skizzierte wirtschaftspolitische Post-Impeachment-Agenda *Ponte para o Futuro* (Brücke für die Zukunft) enthält zwar viele Elemente, die den Interessen von nationalen wie internationalen Wirtschaftskreisen entgegenkommen – Aufhebung der indexierten Anpassung des Mindestlohns und der Renten, Vorrang verhandelter Arbeitsregelungen gegenüber gesetzlichen Normen, wirtschaftliche Außenöffnung, Flexibilisierung der *local content*-Regelungen –, sodass die Investitionszurückhaltung der letzten Monate sicherlich aufgebrochen würde. Börse und Finanzmärkte reagierten schon bei der bloßen Aussicht auf Erfolg des *Impeachment* mit steigenden Werten. Dennoch bleibt abzuwarten, ob Temer die schwierige Balance zwischen Haushaltskonsolidierung und Konjunkturbelebung gelingen wird, zumal er sicherlich mit heftigem gewerkschaftlichen Gegenwind bei der Umsetzung seiner Agenda wird kämpfen müssen.

Offen ist zudem, inwieweit Temer mit einer konstruktiven Unterstützung der PSDB rechnen kann. Deren Vorsitzender, Aécio Neves, hatte kürzlich eine Beteiligung der PSDB als Partei an einer Regierung Temer ausgeschlossen, aber offengelassen, ob einzelne Persönlichkeiten aus der PSDB ein Regierungsamt antreten würden. Um ihre Hoffnungen auf einen Sieg bei den Präsidentschaftswahlen 2018 nicht zu schmälern, wird die PSDB womöglich davor zurückschrecken, sich zu sehr in eine Regierung einbinden zu lassen, die erst noch nachweisen muss, ob sie die wirtschaftliche Krise unter Kontrolle bringen kann. Die jüngsten Umfragewerte zeigen

für alle führenden PSDB-Politiker_innen eine rückläufige Zustimmung, insbesondere für Aécio Neves, der bisher als aussichtsreichster Kandidat für die PSDB-Präsidentschaftskandidatur galt.¹⁰

Konzertierung? Auf der Suche nach einem neuen Regierungsmodell

Die Perspektiven für eine Post-Impeachment-Regierung mit Michel Temer an der Spitze stehen demnach nicht gut. Doch welche anderen Optionen für einen Ausweg aus der politischen und wirtschaftlichen Krise zeichnen sich ab? In dem aufgeheizten, von Konfrontationen und wechselseitigen Anschuldigungen geprägten Klima der letzten Wochen haben sich wiederholt, wenn auch noch leise und verhalten, Stimmen eingeflochten, die für eine konstruktivere politische Auseinandersetzung werben und die Idee einer breiten politischen Konzertierung bzw. eines Paktes der Regierbarkeit aufgebracht haben.

Angesichts der Erschöpfung des gegenwärtigen Arrangements der brasilianischen Politik plädierte bspw. der PSDB-Politiker und ehemalige Präsident Fernando Henrique Cardoso dafür, »das Spiel zu öffnen« und auf eine andere politische Kultur hinarbeiten, die nicht mehr vom Zwang geprägt sei, in einem fragmentierten Parteiensystem durch zweifelhafte Konzessionen Mehrheiten zu konstruieren. Auch Tarso Genro, Ex-Gouverneur und Justizminister unter Lula, warb für eine »Konzertierung«, die sich abheben müsse von der bisherigen Koalitionsbildung »ohne Prinzipien«.

Auf eine solche Konzertierung – verstanden explizit als Alternative zur Tradition der pragmatischen Mehrheitsbeschaffungscoalitionen, welche die parlamentarische Praxis der letzten Dekaden geprägt hat, setzt Cândido Grzybowski, Direktor von Ibase, einer der wichtigsten zivilgesellschaftlichen Organisationen Brasiliens. Nach Vorstellung Grzybowskis müsse diese Konzertierung den Charakter eines Paktes für die Transition zu einem reformierten politischen System annehmen.

Erste Willensbekundungen zum Dialog bestehen also, auch wenn noch nicht absehbar ist, welche Akteure die Initiative ergreifen könnten, um das Projekt »Konzer-

10. Neves fiel in den Umfragen zwischen Dezember 2015 und April 2016 um ganze 10 Prozentpunkte auf 17 Prozent ab; seine Parteikollegen Geraldo Alckmin und José Serra von 14 auf 9 bzw. von 6 auf 5 Prozent.



tierung« anzugehen. Deutlicher zeichnen sich dagegen schon die Reformideen ab, die dem Pakt für die Transition Gestalt geben könnten. Hohe Priorität kommt dabei einer Wahlrechtsreform zu, die der ausufernden Fragmentierung des Parteiensystems entgegenwirken kann.¹¹ Ebenso bestehen Überlegungen zur Umwandlung des präsidentialen Systems hin zu einem »semiparlamentarischen System«, um den Hyperpräsidentialismus mit der Akkumulation symbolischer und effektiver Macht in einer Person zu mildern.

Für einen Pakt der Transformation wird entscheidend sein, den Einfluss des Geldes auf die Politik mit einer Reform der Wahlkampffinanzierung drastisch zu reduzieren. Die derzeitige Abhängigkeit der Parteien bei der Finanzierung der Wahlkampagnen von Unternehmensspenden ist das Einfallstor für Verzerrungen im politischen Wettbewerb und ein Anreizsystem zur Korruption »im industriellen Maßstab«, wie der Historiker Daniel Aarão Reis es formulierte.¹²

Die systemischen Ursachen der politischen Korruption liegen hauptsächlich in der Finanzierung der Wahlkampagnen aus privaten Spenden. Zwar existiert in Brasilien ein Parteienfonds, aus dem die Parteien öffentliche Zuwendungen erhalten, doch wird aus diesen Mitteln im Wesentlichen nur die Infrastruktur der Parteien finanziert. Wahlkampagnen werden dagegen weitgehend aus privaten Spenden bestritten.¹³ So wurden die nationalen Wahlen 2014, die mit Ausgaben in Höhe von 367 Millionen US-Dollar die teuersten in der brasilianischen Geschichte waren, nur zu fünf Prozent aus den Mitteln des Parteienfonds finanziert; 95 Prozent der Finanzierung stammten dagegen aus privaten Quellen.

Besonders problematisch ist, dass diese privaten Finanzierungsquellen vorwiegend Spenden von Unternehmen sind. Nach einem Bericht des Präsidenten des TSE,

José Antonio Dias Toffoli, für die OECD machten Unternehmensspenden ca. 75 Prozent der Ausgaben für die Kampagnen bei den Wahlen 2014 aus; bei den Ausgaben für die Kampagnen der Präsidentschaftskandidat_innen betrug der Anteil der Unternehmensspenden gar 90 Prozent.¹⁴

Auch zur Reform der Kampagnenfinanzierung hat es in der Vergangenheit bereits Vorstöße im Kongress gegeben. Für eine ausschließlich öffentliche Kampagnenfinanzierung stimmten dabei geschlossen als Partei jedoch nur die Abgeordneten der PT. Eine letzte Initiative des derzeitigen Parlamentspräsidenten Cunha sah vor, die Legalität von Unternehmensspenden beizubehalten, allerdings mit der Einschränkung, dass Unternehmen zukünftig nur noch für eine einzige Partei spenden könnten.

Dem parlamentarischen Lavieren hat der Oberste Gerichtshof im September 2015 ein vorläufiges Ende gesetzt, indem er Unternehmensspenden zur Wahlkampffinanzierung für verfassungswidrig erklärte.¹⁵ Die PT, die trotz ihrer prinzipiellen Präferenz für eine öffentliche Wahlkampffinanzierung über Jahre hinweg an den üppigen Unternehmensspenden partizipierte, hatte zuvor auf ihrem Parteitag im Juni 2015 entschieden, keine Unternehmensspenden mehr anzunehmen.

Krise des politischen Systems: Einflussnahme nicht-politischer Mächte

Die von der *Operation Lava Jato* aufgedeckte systematische Korruption belegt, in welch dramatischem Ausmaß die Macht des Geldes sich in Brasilien der Politik bemächtigt hat. Doch neben dem Geld haben sich auch andere, nicht über demokratische Verfahren legitimierte Mächte in das Feld der politischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung gedrängt.

So ist in den letzten Jahren nicht nur in Brasilien, sondern auch in einigen anderen Ländern Lateinamerikas, wie die Verfassungsrechtlerin Flávia Piovesan argumentiert, eine »Justizialisierung der Politik« zu beobachten, d.h. Inter-

11. Eine Reform des Wahlsystems steht in Brasilien seit Beginn der 1990er-Jahre auf der Agenda. Seither wurden mehrere Reformvorstöße unternommen, die aber allesamt an den Beharrungskräften im Kongress scheiterten.

12. Eine im Zusammenhang mit der *Operation Lava Jato* gefundene Liste der Fa. Odebrecht, einem der größten Bauunternehmen Lateinamerikas, listete Namen von über 300 Politiker_innen aus insgesamt 24 Parteien auf, an die Gelder geflossen sind. Allein bei den letzten nationalen Wahlen 2014 stellte das Unternehmen – offiziell deklariert – 46 Millionen Reals für die Wahlkampagnen von 15 Parteien ganz unterschiedlicher ideologischer Provenienz bereit.

13. Nach dem geltenden Wahlgesetz dürfen Privatpersonen bis zu zehn Prozent ihres Einkommens und juristische Personen bis zu zwei Prozent ihres Umsatzes an Parteien spenden.

14. Financing Democracy: Funding of Political Parties and Election Campaigns and the Risk of Policy Capture; http://www.keepeek.com/Digital-Asset-Management/oecd/governance/financing-democracy/brazil_9789264249455-15-en#page1.

15. Das Verbot der Wahlkampffinanzierung über Unternehmensspenden gilt bereits für die kommenden landesweiten Kommunalwahlen im Oktober 2016.



ventionen der Justiz zur Korrektur politischer Entscheidungen, die mit einer extremen Stärkung der Judikative zulasten der Legislative und Exekutive einhergeht. Das institutionelle demokratische Gefüge droht so aus dem Gleichgewicht zu geraten.

Für Brasilien belegt die *Operation Lava Jato* diese Entwicklung sehr nachdrücklich. Die als Kreuzzug gegen die Korruption begonnene Operation mutierte zusehends zu einem Kreuzzug gegen die Politik. Inspiriert durch die Operation *Mani Pulite* im Italien der 1990er-Jahre agierte der leitende Untersuchungsrichter Sérgio Moro teils am Rande der Legalität.¹⁶ Dabei irritierte nicht nur die selektive Verfolgung von Hinweisen und Vorwürfen, sondern auch – trotz der unbestreitbaren Erfolge der Ermittlungen¹⁷ – der exzessive Gebrauch verlängerter Untersuchungshaft und der sogenannten *delações premiadas*¹⁸, die Einschränkungen der Verteidigungsmöglichkeiten sowie die Relativierung des Prinzips der Unschuldsvermutung.

Besonders problematisch ist die gezielte Spektakularisierung der Untersuchungen. Aufgrund systematisch verbreiteter Informationen über die eigentlich unter Verschwiegenheit laufenden Untersuchungen an »sympathisierende« Medien sowie mit massiver Medienbegleitung organisierte öffentliche Auftritte der Ermittler_innen, bei denen die Schuld von Angeklagten schon vor Prozessbeginn als Gewissheit präsentiert wird, nahm Moro die öffentliche Meinung für sich ein und schuf sich damit die Legitimation, um gegen bekannte Politiker_innen vorzugehen. Der Erfolg dieser Vorgehensweise wurde bei den Pro-Impeachment-Demonstrationen deutlich sichtbar, bei denen Moro bis zum nationalen Helden Aufstieg und auf Transparenten gar mit »O Senhor« (»Der Herrgott«) angesprochen wurde.

An die Stelle solider juristischer Argumentation trat somit eine vage Argumentation des »gesunden Menschenverstandes«, bei der Rechtsgarantien durch Moralismus ersetzt wurden. Die schmale Linie zwischen einer wirklich historisch zu nennenden Aufarbeitung von Korruption

und einem politischen Revanchismus wurde dabei immer deutlicher überschritten. Zentrale Herausforderung für eine wünschenswerte Phase der Konzertierung wird es daher sein, diese schweren Deformierungen der rechtsstaatlichen Ordnung zu korrigieren.

Die Spektakularisierung der Korruptionsbekämpfung und ihre teilweise Pervertierung zu einem politischen Revanchismus ist eng verbunden mit einer weiteren Macht in Brasilien – der Macht der Medien.¹⁹ Diese verstehen sich ganz selbstverständlich als politischer Akteur und haben eindeutig Position gegen die Regierung bezogen. Schon 2010 hatte Maria Judith Brito, damals CEO der Tageszeitung *Folha de São Paulo*, erklärt: »... es ist nicht von der Hand zu weisen, dass die Medien in der Tat die Rolle der Opposition in diesem Land übernommen haben ...«

Die großen Medien reklamieren für sich aber nicht nur die Rolle der Opposition, sie füllen diese auch in einer höchst problematischen Weise aus. An die Stelle objektiver Berichterstattung haben sie eine gegen die PT und ihre Repräsentant_innen gerichtete Diffamierungskampagne gesetzt, die immer wieder die Grenzen der Beleidigung überschreitet und so ganz wesentlich dazu beigetragen hat, ein Klima der Konfrontation und Intoleranz zu schaffen. Im Impeachment-Prozess nahmen die Medien zudem eine aktive Rolle in der Organisation der Massenproteste ein und sind – wie die alternative Mediengruppe *Intervozes* hervorhebt – selbst zu einem »Agenten des Prozesses« geworden.²⁰ Eine zukünftige Agenda der Konzertierung wird daher auch der Reform der Medien einen prominenten Platz einräumen müssen.

Die Zukunft der PT: Ende einer Ära oder Chance zur Auflage eines neuen progressiven Projektes?

Ist eine Konzertierung in dem vergifteten politischen Klima, das der Impeachment-Prozess geschaffen hat, in absehbarer Zeit überhaupt zu erwarten? Wer könnten die Protagonist_innen einer solchen Konzertierung sein? Und welche Rolle kommt den Parteien dabei zu?

16. Mit dem Abhören und der Veröffentlichung von Telefongesprächen der Präsidentin überschritt er die Grenzen der Legalität eindeutig, ohne dass dies jedoch bislang Folgen für ihn gehabt hätte.

17. In zwei Jahren wurden 93 Personen verurteilt und knapp drei Milliarden Reals (750 Millionen Euro) an entwendeten Geldern wieder dem Staatshaushalt zugeführt.

18. Geständnisse und Beschuldigungen Dritter im Tausch gegen eine Reduzierung des eigenen Strafmaßes.

19. Die Medienlandschaft in Brasilien ist hoch konzentriert. Etwa 70 Prozent der Medienberichte werden von Unternehmen produziert, die von nur sechs Familien kontrolliert werden.

20. Bia Barbosa / Helena Martins: Os atos pró-democracia e a narrativa do golpe na grande mídia; <http://www.cartacapital.com.br/blogs/intervozes/os-atos-pro-democracia-e-a-narrativa-do-golpe-na-grande-midia>.



Mit dem *Impeachment* gegen Präsidentin Rousseff ist auch die PT abgestraft worden. Damit geht eine fast anderthalb Dekaden währende Ära zu Ende, in welcher die PT die politische Hegemonie ausgeübt und mit ihrem Projekt der sozialen Inklusion das Gesicht des Landes grundlegend verändert hat. Angesichts der in der aufgeheizten Situation geschürten Anti-PT-Stimmung ist zu erwarten, dass die Partei nicht nur kurzfristig in der Defensive bleiben wird. Allerdings zeigt das anhaltend gute Abschneiden Lulas in Umfragen,²¹ dass die PT durchaus noch Rückhalt in der brasilianischen Bevölkerung besitzt. Nichtsdestotrotz steht die Arbeiterpartei nun vor der Herausforderung, Lehren aus der schweren politischen Niederlage zu ziehen und sich sowohl programmatisch als auch strategisch neu aufzustellen.

Zuallererst muss die PT wieder an Glaubwürdigkeit als politische Kraft gewinnen, die im Einklang mit ihren ethischen Prinzipien handelt. Dies bedeutet, dass die PT intransparenten Finanzierungspraktiken und solchen, die sie politisch erpressbar machen, eindeutig und nachvollziehbar abschwören muss. Mit ihrer Entscheidung, keine Unternehmensspenden mehr anzunehmen, hat sie einen ersten wichtigen Schritt in diese Richtung getan.

Strategisch wird es für die PT darauf ankommen, die Dialog- und Kooperationsfähigkeit über ihre traditionelle soziale Basis in Gewerkschaften und den alten sozialen Bewegungen zu erweitern. Insbesondere muss sie eine Dialogebene zu den neuen sozialen Bewegungen finden, die mit den Protesten von 2013 auf die politische Bühne getreten sind. Mit dem *Impeachment*-Prozess ist das Modell, durch breite parlamentarische Koalitionen aus politisch und ideologisch sehr heterogenen Kräften politisch mehrheitsfähig zu werden, endgültig an ihr Ende gekommen. Spätestens in der Abstimmung über das Amtsenthebungsverfahren »desertierten« fast alle programmatisch nicht PT-affinen Parteien aus der Regierungskoalition.

Für die PT wird es künftig darauf ankommen, eine Abhängigkeit von programmatisch diffusen bzw. opportunistischen Parteien zu vermeiden und stattdessen stärker den Dialog mit politischen Kräften zu suchen, mit denen

sie zumindest eine einigermaßen solide programmatische Basis teilt. Der *Impeachment*-Prozess hat in dieser Hinsicht eine gewisse politische Klärung bewirkt, da die Frontlinien im Kongress nun wieder ideologisch kohärenter gezogen sind. Dies zeigt aber auch, dass mögliche Träger_innen eines neuen progressiven Projekts derzeit nicht nur in der Minderheit sind, sondern sich auch erst zu einem neuen parlamentarischen Block zusammenfinden müssen. In dieser Hinsicht hat die PT viel Dialogarbeit nachzuholen, die sie in den vergangenen Jahren vernachlässigt hat. Zudem haben in der Defensive der letzten Monate radikalere Stimmen innerhalb der Partei stärkeren Einfluss auf den Parteidiskurs gewonnen. Partner für eine neue Allianz zu gewinnen, wird daher keine leichte Aufgabe werden.

Schließlich muss sich die PT auch programmatisch erneuern. Das vor allem in der Lula-Zeit erfolgreiche sozial-inklusive Entwicklungsmodell, das insbesondere auf einer Ausweitung von Sozialprogrammen, des privaten Konsums und großer öffentlicher Infrastrukturprojekte beruhte, hat sich erschöpft. Zudem sind durch die fallenden Rohstoffpreise die dafür notwendigen Verteilungsspielräume geringer geworden. Wie die Proteste im Juni 2013 bereits signalisiert hatten, wird es darauf ankommen, qualitative Dimensionen bei der Entwicklung der öffentlichen Infrastruktur (bspw. für Gesundheit, Erziehung oder öffentlichen Nahverkehr) sowie bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze stärker zu betonen. Ebenso sollte mehr Nachdruck auf die Förderung der technologischen Innovationen und einer nachhaltigen, ressourcenschonenden Politik gelegt werden.

Die Herausforderungen für die PT sind enorm. Es ist nicht zu erwarten, dass sie die politische Hegemonie kurzfristig zurückgewinnen wird. Allerdings haben die politischen Konvulsionen der letzten Monate nicht nur die PT geschwächt. Auch wenn sich die Massenmobilisierungen, die zum *Impeachment* geführt haben, in erster Linie gegen die Präsidentin Dilma Rousseff, gegen Lula und gegen die PT gerichtet hatten, so unverkennbar war darin auch eine wachsende antipolitische Tendenz zu erkennen. Oppositionspolitiker_innen, die sich unter die Pro-*Impeachment*-Demonstrant_innen mischten, schlug eine teils aggressive Ablehnung entgegen, die auch im Einklang mit aktuellen Meinungsumfragen steht, bei denen keiner der Oppositionspolitiker_innen sich wirklich profilieren konnte – vielmehr verlieren die bekanntesten sogar an Zustimmung.

21. In verschiedenen möglichen Wahlszenarien kommt Lula laut letzten Umfragen auf ca. 20 Prozent – mit steigender Tendenz.



Der Philosoph José Giannotti macht bei den Demonstrant_innen die Forderung nach einer »Säuberung«, einer *higienização*, der brasilianischen Politik aus. Ähnlich sieht dies der Leiter des Zentrums für Politische Analysen der *Fundação Getulio Vargas*, Marco Aurelio Ruediger, der in den Massenprotesten eine Tendenz zur Ablehnung der gesamten politischen Klasse und des politischen Systems in Brasilien wahrnimmt. Stattdessen gewinnt der Bezug auf Werte wie Wahrheit, Legalität und Transparenz an Bedeutung, die viele in Personen wie dem Richter Sérgio Moro verkörpert sehen. In einigen Umfragen schneidet dieser daher – ebenso wie der für eine autoritäre Politik stehende Abgeordnete Jair Bolsonaro – besser ab als manche arrivierte Politiker_innen der Opposition.

Vor diesem Hintergrund sieht Sergio Fausto, Exekutivdirektor des *Instituto Fernando Henrique Cardoso*, ein Wiedererwachen von antidemokratischen Ideologien und »Lösungen«, und spricht von der Dringlichkeit einer neuen Wertschätzung der Demokratie.²² Nicht nur die jetzt abgestrafte Arbeiterpartei wird sich also fragen müssen, wie die eigene Krise und die Krise des politischen Systems überwunden werden kann.

22. Sergio Fausto: Revalorizar a democracia, in: *O Estadão* vom 14.3.2016.



Über den Autor

Dr. Thomas Manz ist Landesvertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Brasilien.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Lateinamerika und Karibik
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Svenja Blanke, Leiterin des Referats Lateinamerika und Karibik

Tel.: +49-30-269-35-7484 | Fax: +49-30-269-35-9253
<http://www.fes.de/lateinamerika>

Bestellungen/Kontakt:
info-lak@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN
978-3-95861-470-3